

GERHARD L. WEINBERG

## DIE REAKTION DER ALLIIERTEN AUF DIE „ENDLÖSUNG“ IM OSTEN

Will man die Reaktion der Alliierten auf die Nachrichten über die systematische Ermordung der Juden untersuchen, muss man zunächst darüber sprechen, welche Art von Informationen sie erhielten und zu welchem Zeitpunkt. Die Informationen enthielten zwar gelegentlich Hinweise auf bestimmte Orte, an denen Massenmorde stattfanden, aber in der Regel war nicht ersichtlich, ob sie den Teil Polens betrafen, der während des Krieges von Deutschland annektiert war. Für gewöhnlich konnte man ihnen genaue geographische Angaben nur schwer oder gar nicht entnehmen. Auf jeden Fall reagierten die Alliierten auf die ihnen zugehenden Informationen für gewöhnlich nicht, indem sie den Hinweisen auf die Vorgänge in bestimmten Gebieten des von Deutschland beherrschten Europas nachgingen. Zwar bemühte sich das *War Refugee Board* in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs, Juden bei der Flucht über die Ostsee nach Schweden zu helfen. Aber dies war eine Ausnahme innerhalb der vorherrschenden Reaktionen in Bezug auf die „Endlösung“ insgesamt.

Heute weiß man, dass britische Nachrichtendienste abgefangene Mitteilungen von Einheiten der deutschen Sicherheitspolizei, die in den im Sommer 1941 besetzten Gebieten der Sowjetunion systematisch Juden ermordeten, entschlüsselten und korrekt analysierten. Diese regelmäßig übermittelten Berichte der Einheiten, die hinter der vorrückenden Wehrmacht operierten, enthielten üblicherweise Listen mit den Zahlen der in bestimmten Orten getöteten Juden. Bis September 1941 waren diejenigen, die die abgefangenen Berichte untersuchten, zu dem Schluss gelangt, dass es sich dabei um eine dezidierte deutsche Politik des Massenmords an Juden handele.<sup>1</sup> Als Winston Churchill in einer Rede im Herbst indirekt darauf hinwies, veranlasste dies die Deutschen, die Polizeieinheiten anzuweisen, ihre Berichte nicht mehr per Funk zu übermitteln. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte man in London das grundlegende deutsche Konzept bereits erkannt.

---

<sup>1</sup> RICHARD BREITMAN, *Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert*, München 1999, Kap. 4.

1941 oder Anfang 1942 informierte die britische Regierung zwar die Sowjetunion – die in den deutsch besetzten Gebieten vermutlich eigene Quellen besaß – über die abgefangenen Polizeiberichte, aber mit den Vereinigten Staaten teilte sie ihr Wissen erst 1983. 1996 wurden die amerikanischen Kopien der übersetzten Entschlüsselungen dann aus der Geheimhaltung entlassen und in den *National Archives* in College Park, Maryland, den Wissenschaftlern zugänglich gemacht. Die britische Regierung hatte überdies von der polnischen Exilregierung in London, die über viele Kontakte zum nationalistischen antideutschen Untergrund in Polen verfügte, bedeutende Informationen über die systematische Ermordung von Juden erhalten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt Informationen aus jüdischen Quellen sowie bis Dezember 1941 einige Berichte von ihrer Botschaft in Berlin, aber am klarsten wurde sie im Juli 1942 von dem deutschen Industriellen Eduard Schulte ins Bild gesetzt. Dessen Angaben bildeten die Grundlage des berühmten Riegner-Telegramms von August 1942, das die Vereinigten Staaten auf die systematische – im Gegensatz zur sporadischen – Ermordung von Juden im von Deutschland beherrschten Europa aufmerksam machte. Diese Information führte schließlich zur alliierten Erklärung vom 17. Dezember 1942, in der die systematische Ermordung von Juden öffentlich verurteilt und die im Januar 1942 gemachte, allgemeine Ankündigung bekräftigt wurde, dass die für Gräueltaten Verantwortlichen bei Kriegsende von den siegreichen Alliierten zur Rechenschaft gezogen würden.

Heute weiß man, wie Christopher Browning gezeigt hat, dass Schultes Bericht nicht, wie dieser selbst glaubte, Informationen über den Beginn der „Endlösung“ beinhaltete, sondern über 1942 ergriffene Maßnahmen, die den bereits seit einem Jahr in Gang befindlichen systematischen Mordvorgang beschleunigen sollten.<sup>2</sup> In Washington war dies damals nicht bekannt, da die früheren, genaueren und spezifischeren Informationen, über die London verfügte, nicht an die Vereinigten Staaten weitergegeben worden waren. Die amerikanischen Entschlüsselungsaktivitäten hatten überwiegend japanische Codes zum Gegenstand, während die Briten vor allem deutsche und italienische Codes bearbeiteten.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> CHRISTOPHER R. BROWNING, Hitlers endgültige Entscheidung zur „Endlösung“? Riegners Telegramm in neuem Licht, in: DERS., Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S. 149–159.

<sup>3</sup> Eine umfassende Darstellung des Abfangens und der Entschlüsselung von Mitteilungen über den Holocaust durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten findet sich in ROBERT HANYOK, *Eavesdropping on Hell. Historical Guide to Western Communications Intelligence and the Holocaust, 1939–1945*, Fort George Meade, Maryland 2005. Dieses vom Zentrum für die Geschichte der Kryptologie der *National Security Agency* veröffentlichte Buch ist dort auf Anfrage kostenlos erhältlich.

In welchem Ausmaß die sowjetische Regierung von den Massenvorfällen an Juden erfuhr, lässt sich heute noch nicht sagen. Die Berichte aus deutsch besetzten Gebieten, die nach Moskau gelangten, sind für Wissenschaftler bislang nicht zugänglich, und auch sowjetische Akten über den Einbruch in deutsche Codes, die von grundlegender Bedeutung für das hier behandelte Thema wären, können bis heute nicht eingesehen werden. Sowjetische Abhörstationen waren den deutschen Einheiten im Osten, die Funksprüche nach Berlin schickten, natürlich näher als westliche Stationen und daher weit besser in der Lage, den Funkverkehr ohne Störungen und Unterbrechungen zu empfangen. Doch was immer die Sowjets aus entschlüsselten Funksprüchen erfahren haben mögen, es ist in den Archiven der Russischen Föderation unter Verschluss. Man kann nur hoffen, dass diese Akten auf Mikrofilm aufgenommen werden, bevor sich die geringe Qualität des Kriegspapiers so weit verschlechtert hat, dass die Nachrichten unwiederbringlich verloren sind und von niemandem mehr untersucht werden können.

Sollten sich die russischen Behörden jemals entschließen, Informationen zum Thema freizugeben, wird es jedenfalls nur für die Wissenschaftler von Wert sein, die mehr Einzelheiten über den Holocaust erfahren möchten. Russische Untersuchungen über die Reaktion der Hauptalliierten auf die „Endlösung“ schlossen bisher die Sowjetunion als Gegenstand weitgehend aus, da das Sowjetregime die deutsche Politik gegenüber den Juden in Ideologie und Politik sowohl während als auch nach dem Krieg aus ihrem Blickfeld verbannt hatte. Die auf sowjetischem Territorium von den Deutschen ermordeten Juden wurden einfach durchweg als Sowjetbürger betrachtet, ohne zu erwähnen, dass sie getötet worden waren, weil sie Juden waren. Die offizielle ideologische Doktrin, dass der Faschismus eine extreme Form des Kapitalismus ohne eigenständige Ideologie sei, ließ keinen Raum für die zentrale Rolle, die der Antisemitismus tatsächlich in den Anschauungen und der Politik des nationalsozialistischen Deutschlands spielte. Noch in den fünfziger Jahren wurde Paul Merker, ein hoher Funktionär der Deutschen Demokratischen Republik, aus der herrschenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgeschlossen und ins Gefängnis geworfen, weil er den angeblich absurden Gedanken vertreten hatte, dass der Antisemitismus ein Hauptelement des Nationalsozialismus gewesen sei.<sup>4</sup>

Es sollte erwähnt werden, dass die polnische Exilregierung und die ihr ergebene Untergrundbewegung in Polen sowohl gelegentlich einzelnen Juden halfen als auch den Briten und Amerikanern Informationen über die

---

<sup>4</sup> Zu Merker siehe JEFFREY HERF, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998, passim, insbesondere S. 138–190.

Geschehnisse in Polen lieferten.<sup>5</sup> Die Reaktion der Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten auf die Nachrichten über die „Endlösung“, die sie aus den genannten Quellen erhielten, oder, besser gesagt, ihre offensichtliche Untätigkeit muss im Kontext der Zeit gesehen werden. Was immer die Alliierten auch geplant haben mochten, es wurde durch das Verbot der Ausreise von Juden konterkariert, das die deutsche Regierung im Herbst 1941 erließ. Darüber hinaus taten die am Mordprogramm Beteiligten alles, um jegliches Rettungsvorhaben zu verhindern oder zu sabotieren. In den letzten Tagen des Krieges unternahmen zwar NS-Führer wie Walter Schellenberg bescheidene Versuche, einige der überlebenden Juden zu retten. Aber diese Versuche sollten entweder das Lager der Alliierten spalten oder einzelnen Nationalsozialisten nach der Niederlage eine nachsichtige Behandlung sichern – oder beides. In den Jahren, in denen die „Endlösung“ verwirklicht wurde, waren indessen Faktoren am wichtigsten, die aus der Kriegslage erwuchsen.

Während Militärhistoriker allzu oft den Zweiten Weltkrieg aus einem Kampf der Weltanschauungen in ein gefährliches Schachspiel ohne Ziel oder Zweck verwandeln, ignorieren Holocaustforscher häufig gerade die militärische Entwicklung des Krieges, welche ihre Kollegen so in ihren Bann schlägt. 1942 war das Jahr, in dem die systematische Ermordung von Juden zahlenmäßig den höchsten Stand erreichte. Es war auch das Jahr, in dem die westlichen Alliierten den Krieg zu verlieren schienen. In dramatischen, siegreichen Vorstößen eroberte Japan die britischen, amerikanischen und niederländischen Besitzungen in Südostasien und im Westpazifik. Die Invasion und die Eroberung von Australien und Neuseeland drohten, ebenso wie die Besetzung von Indien, das sich nach der Eroberung Burmas durch Japan am Rand eines Aufstands gegen Großbritannien befand. Und von dem winzigen japanisch besetzten Teil Alaskas aus waren zumindest theoretisch weitere Vorstöße möglich.

Der japanische Vormarsch konnte im Sommer 1942 zwar zum Stehen gebracht werden, und die Alliierten waren in der Lage, im zweiten Halbjahr auf den Solomon-Inseln und in Neuguinea Gegenangriffe zu starten, aber selbst diese begrenzten Operationen führten erst Anfang 1943 zu beschränkten lokalen Erfolgen. Zu oft wird übersehen, dass die Vereinigten Staaten, um diese Ergebnisse zu erzielen, gezwungen waren, von ihrer bevorzugten Strategie, Deutschland zuerst zu besiegen, abweichen mussten, indem sie im gesamten Jahr 1942 und in den ersten Monaten von 1943

---

<sup>5</sup> Dieses Thema wird am besten in folgenden beiden Studien von David Engel dargestellt: DAVID ENGEL, *In the Shadow of Auschwitz. The Polish Government-in-Exile and the Jews, 1939–1942*, Chapel Hill, NC 1987; DAVID ENGEL, *Facing a Holocaust. The Polish Government-in-Exile and the Jews, 1943–1945*, Chapel Hill, NC 1993.

mehr Truppen in den Pazifik entsandten als auf den europäischen Kriegsschauplatz.

Auch der Landkrieg in Europa verlief 1942 für die westlichen Alliierten zumeist ungünstig. Abgesehen von Kommandounternehmen und der gescheiterten Landung in Dieppe gab es in Europa außerhalb von Großbritannien und Gibraltar keine britischen oder amerikanischen Truppen. In Nordafrika erlitten britische Truppen in Form der Kapitulation von Tobruk eine vernichtende Niederlage, und Ende Juli konnte der deutsche Vorstoß nach Ägypten nur mit Mühe aufgehalten werden. Diese Ereignisse führten erneut zu einer Umverteilung der militärischen Kräfte der Vereinigten Staaten: Die auf dem chinesisch-indisch-burmesischen Kriegsschauplatz aufgebaute Luftwaffe wurde in den Nahen Osten verlegt, und die erste amerikanische Panzerdivision, die gerade aufgestellt wurde, musste ihre Panzer abgeben, damit sie den britischen Truppen in der nordafrikanischen Wüste zu Hilfe geschickt werden konnten. Auch auf diesem Kriegsschauplatz konnten die Alliierten wie im Pazifik begrenzte Offensiven ausführen. Ende Oktober wurde ein Angriff auf El Alamein gestartet, der die Truppen der Achse in der Folgezeit aus Ägypten vertreiben sollte, und Anfang November 1942 landeten amerikanische und britische Truppen in Französisch-Nordafrika. Durch diese Operationen konnten zwar die Juden im Nahen Osten und in Nordwestafrika vor dem deutschen Mordprogramm geschützt werden, aber es war kaum zu erwarten, dass sie Auswirkungen auf die Ermordung der Juden im deutsch besetzten Polen haben würden, die damals, an den Zahlen der Getöteten gemessen, ihr größtes Ausmaß erreicht hatte.

Im Luftkrieg hatten die Briten gelernt, dass ihre bisherigen Bombenangriffe unwirksam gewesen waren, weil die damals verfügbaren technischen Mittel, um bestimmte Ziele aus der Luft zu finden und zu treffen, einfach nicht funktionierten. Deshalb griffen sie ab Anfang 1942 zu jener Art von nächtlichen Brand- und Flächenbombardierungen, die sie früher im Krieg selbst von Seiten der Deutschen erlebt hatten. Als die *Royal Air Force* begann, dies in großem Umfang umzusetzen, waren die Vereinigten Staaten noch nicht in der Lage, sich überhaupt am Luftkrieg in Europa zu beteiligen. Erst ab 1943 sollten sie eine bedeutende Rolle in der so genannten kombinierten Bomberoffensive gegen Deutschland spielen.

Auf den Weltmeeren befanden sich die Alliierten während des gesamten Jahres 1942 und bis zum Herbst 1943 in der Defensive. Monat für Monat verloren sie mehr Schiffe, als sie nachbauen konnten; ändern sollte sich dies erst im September und Oktober 1943.<sup>6</sup> Bis dahin wurden alle briti-

---

<sup>6</sup> Die Funkaufklärung und ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg, hg. v. JÜRGEN ROHWER/ EBERHARD JÄCKEL, Stuttgart 1979, S. 165.

schen und amerikanischen Pläne und Vorhaben durch die militärische Lage behindert. Es überrascht daher nicht, dass bei dem Treffen der politischen Führer Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Januar 1943 in Casablanca dem Kampf gegen die deutschen U-Boote oberste Priorität bei allen alliierten Operationen in jenem Jahr eingeräumt wurde. Es gab Pläne für eine Landung auf Sizilien und vielleicht in Italien, doch da es den Alliierten im November und Dezember 1942 nicht gelungen war, ganz Tunesien zu erobern, stand zum Zeitpunkt der Konferenz von Casablanca fest, dass man nicht, wie gehofft, 1943 in Nordwesteuropa landen können. Zuerst würde man den Feldzug in Nordafrika beenden müssen, und anschließend würde man nicht mehr genug Zeit haben, um die Kräfte für eine Invasion über den Ärmelkanal nach England zu verlegen. Dies würde bis 1944 warten müssen.

In Casablanca traten Churchill und Franklin D. Roosevelt auch mit einer Politik an die Öffentlichkeit, auf die sie sich bereits früher im Krieg geeinigt hatten, die sie aus diplomatischen Gründen aber erst jetzt bekannt machten: die Forderung der bedingungslosen Kapitulation. Diese Politik hatte Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten der Alliierten in Bezug auf die „Endlösung“.

Zwischen den Kriegführenden gab es, wie kaum anders zu erwarten, nur wenige diplomatische Kontakte, die solch spezifische, unmittelbar drängende Fragen betrafen wie den Austausch von Diplomaten und anderen Internierten, den Austausch von schwer verwundeten Soldaten oder Lebensmittellieferungen nach Griechenland. Verhandlungen über wichtige politische Themen – und die deutsche Prioritätensetzung zur Ermordung der Juden gehörte sicherlich zu diesen Themen – konnte es jedoch nicht geben. Und wie Shlomo Aronson in seinem jüngsten Buch gezeigt hat, waren sämtliche Kontakte, die 1944 während der Ermordung eines großen Teils der ungarischen Juden zu deren Rettung geknüpft wurden, von Anfang an durch die Tätigkeit von Doppelagenten und Hintergedanken auf deutscher Seite geprägt.<sup>7</sup> Öffentliche Proteste und Drohungen, insbesondere von Seiten der US-Regierung, veranlassten Admiral Miklós Horthy, die Deportationen in die Vernichtungslager im Juli 1944 vorübergehend zu stoppen, aber die Schlüsselrolle bei der Verhinderung der Deportation der in Budapest verbliebenen Juden sollte von alliierter Seite die Rote Armee spielen, indem sie im Winter die Stadt umzingelte.

---

<sup>7</sup> SHLOMO ARONSON, *Hitler, the Allies, and the Jews*, New York 2004. Eine frühere Untersuchung, die allerdings vor der Öffnung wichtiger britischer und amerikanischer Akten verfasst wurde, ist: YEHUDA BAUER, *Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945*, Frankfurt/M. 1996. Vgl. GÖTZ ALY/ CHRISTIAN GERLACH, *Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945*, Stuttgart 2002 [Anm. d. Hg.].

Der Entschluss, gegen Deutschland (sowie Italien und Japan) bis zur bedingungslosen Kapitulation zu kämpfen, war weitgehend von der Ansicht bestimmt, dass es sich als Fehler herausgestellt habe, Deutschland 1918 einen Waffenstillstand zu ermöglichen. Diesmal würde es keine Verhandlungen geben, auf die sich deutsche Führer später beziehen könnten, um zu behaupten, Deutschland sei nicht wirklich besiegt worden, oder den Siegern vorzuwerfen, sie hätten die Bedingungen des Waffenstillstands nicht eingehalten. Der Gedanke an die Möglichkeit eines dritten Weltkriegs war in den Überlegungen der westlichen Staatsmänner im Zweiten Weltkrieg stets präsent.

Ein wesentlicher Faktor war zudem, dass die rasche Erholung Deutschlands nach der Niederlage von 1918 alle alliierten Führer enorm beeindruckt – und beunruhigt – hatte. Diesmal sollten Deutschland und seine Verbündeten vernichtend geschlagen werden. Das bedeutete, dass den Verbrechen, wie die Ermordung von Juden, Geislerschießungen und die Zerstörung von Städten und Dörfern, und den anderen Manifestationen der angeblichen kulturellen Überlegenheit Deutschlands über alle anderen Völker durch dessen totale Niederlage ein Ende gesetzt werden würde, der die vollständige Besetzung und die Bestrafung der Übeltäter folgen würde. Vor dem alliierten Sieg würde man die erwähnten öffentlichen Warnungen aussprechen. Als ein Ergebnis der Konferenz der alliierten Außenminister in Moskau im Oktober 1943 wurde eine konkretere Verlautbarung mit der Ankündigung von Gerichtsverfahren gegen diejenigen, die man als Kriegsverbrecher anklagen würde, herausgegeben. Das war praktisch alles, was man öffentlich tun konnte, um die Mörder von ihrem Tun abzubringen.

Noch ein weiterer Aspekt der Militärpolitik der westlichen Alliierten muss kurz erwähnt werden. Vom deutschen Angriff auf die Sowjetunion bis 1945 unternahmen sowohl Großbritannien als auch die Vereinigten Staaten große Anstrengungen, um die Sowjets mit Hilfslieferungen zu unterstützen. Ohne hier näher auf die Frage nach der Bedeutung dieser Unterstützung für die sowjetische Kriegführung einzugehen, ist hinsichtlich der „Endlösung“ und der Reaktion auf sie festzustellen, dass die Hilfslieferungen der Sowjetunion dabei halfen, das deutsche Mordprogramm geographisch zu begrenzen.

Vor allem versetzten sie die Rote Armee in die Lage, gegen den Angreifer zu kämpfen und so zu verhindern, dass den Deutschen noch mehr sowjetische Juden in die Hände fielen, die sie ermorden konnten. Zum Zweiten trugen die Hilfslieferungen dazu bei, dass die sowjetischen Streitkräfte die Deutschen davon abhalten konnten, über die Pässe des Kaukasus in den Nahen Osten vorzudringen und die in diesem Teil der Welt lebenden Juden zu ermorden, wie Hitler persönlich es dem Großmufti von Jerusalem im November 1941 versprochen hatte, als der deutsche Diktator zuversicht-



lich mit solch einer Entwicklung der Kämpfe an der Ostfront gerechnet hatte.<sup>8</sup>

Zunächst wollen wir uns jedoch der konkreten Politik der britischen Regierung in Bezug auf die „Endlösung“, über die sie, wie erwähnt, sehr gut Bescheid wusste, zuwenden. Im Winter 1938/39 hatte sie ihre Politik sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber den Arabern revidiert. Die erfolglosen Versuche, Deutschland durch Beschwichtigungspolitik in eine europäische Friedensordnung einzubinden, hatten der Erwartung Platz gemacht, dass ein Krieg mit dem nach der Herrschaft über Europa und die Welt strebenden Deutschland wahrscheinlich war. Infolgedessen hatte man einen erheblichen Ausbau der Streitkräfte beschlossen, der zum ersten Mal in Friedenszeiten die Einführung der Wehrpflicht erforderlich machte. Im Zusammenhang mit unserem Thema ist wichtig, dass der Aufbau einer großen Armee auch die Rückkehr von aktiven britischen Truppen aus dem damals bedeutendsten Einsatzgebiet nötig machte, damit deren Offiziere und Unteroffiziere an der Vergrößerung der winzigen britischen Heimarmee mitwirken konnten.

Die größte Truppenkonzentration befand sich damals zur Niederhaltung der Araber im palästinensischen Mandatsgebiet. Der Wechsel von Beschwichtigung zu Konfrontation in Europa zog einen Wechsel von Konfrontation zu Beschwichtigung im Nahen Osten nach sich. Letzterer wurde zudem von der Erkenntnis beschleunigt, dass man im Falle eines Krieges gegen Deutschland in großem Umfang Rekruten in Indien anwerben müsse, bei denen es sich wahrscheinlich überwiegend um Moslems handeln würde.

Während die britische Regierung bereit war, eine verstärkte Einwanderung von Juden nach Großbritannien selbst zuzulassen, und diese Politik – als einziges Land – nach dem Pogrom im November 1938 in Deutschland auch umsetzte, bedeutete die Beschwichtigung der Araber, dass die Einwanderung nach Palästina begrenzt werden musste. Da diese Politik jedoch mit den persönlichen Präferenzen der meisten Beamten des britischen Außenministeriums und des Kolonialministeriums übereinstimmte, sollte sie trotz der teilweise entgegengesetzten Auffassung von Churchill, der Neville Chamberlain im Mai 1940 als Premierminister abgelöst hatte, überaus rigide ausgeführt werden. Als Befürworter der Schaffung eines jüdischen Staats in Palästina war der neue britische Regierungschef über die illegale Einwanderung von Juden in das Mandatsgebiet weit weniger beunruhigt als andere Vertreter von Regierung und Militär. Aber die Haltung der arabischen Welt und der moslemischen Soldaten in der indischen Armee kümmerte ihn genauso wie sie.

---

<sup>8</sup> ADAP, Serie D (1937–1945), Bd. 13.2, Göttingen 1970, S. 718–721, Dok. 515.



In der Praxis bedeutete die grundlegende Neuausrichtung der britischen Politik im Winter 1938/39, dass Großbritannien auf zweierlei Weise auf die systematische Ermordung der Juden reagierte. Zum einen wollte man kämpfen, bis Deutschland besiegt und folglich sein Mordprogramm gestoppt wäre. Zum anderen sorgte man durch die Bereitstellung beträchtlicher militärischer Kräfte in Nordafrika dafür, dass die britische Armee – einschließlich einer großen Zahl moslemischer Soldaten aus Indien – die deutschen und italienischen Truppen daran hinderte, Palästina und andere Teile des Nahen Ostens zu erobern. Auf diese Weise wurde der deutsche Plan vereitelt, alle dort lebenden Juden zu ermorden.<sup>9</sup> Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass es zur damaligen Zeit neben der halben Million Juden im palästinensischen Mandatsgebiet auch in Ägypten, Syrien, im Libanon, im Irak sowie im Protektorat Aden große jüdische Gemeinden gab.

Wenden wir uns jetzt den Vereinigten Staaten zu. Dort war das 1924 verabschiedete Einwanderungsgesetz der entscheidende Faktor. Es sollte speziell dem Zweck dienen, einer großen Zahl von potenziellen Einwanderern aus Ost- und Südeuropa – einschließlich vieler Juden – wie denjenigen, die zwischen 1880 und 1914 ins Land gekommen waren, den Zuzug zu verwehren. Das neue Gesetz war von dem einzigen Politiker empfohlen und unterzeichnet worden, der Roosevelt jemals in einer Wahl geschlagen hatte: Calvin Coolidge, der 1920 republikanischer Kandidat für die Vizepräsidentschaft gewesen war, als sich Roosevelt für die Demokraten um dasselbe Amt bewarb. Eine der wenigen Maßnahmen, die Coolidges Nachfolger als Präsident, Herbert Hoover, zur Bekämpfung der Großen Depression ergriff, bestand darin, auf der strengsten Anwendung des Einwanderungsgesetzes zu bestehen. Roosevelt rückte davon ab, aber es war klar, dass jeder Versuch, das Gesetz während der Wirtschaftskrise zu ändern, nicht zu einer Lockerung, sondern zu restriktiveren Bestimmungen führen würde. Als Roosevelt während des Krieges das Gesetz umging, indem er die Befugnis des Präsidenten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Kriegsgefangene vorübergehend ins Land zu bringen, auf Flüchtlinge ausdehnte, erscholl sofort der Ruf nach einem Amtsenthebungsverfahren. Nachdem die ersten Tausend temporären Einwanderer in einem Lager bei Oswego im Bundesstaat New York eingetroffen waren, gab Roosevelt diese List, seine präsidentialen Befugnisse zur Umgehung des Einwanderungsgesetzes zu nutzen, auf, und der Ruf nach seiner Amtsenthebung verstummte.

Als Roosevelt immer mehr Informationen über die „Endlösung“ erhielt, einschließlich eines persönlichen Berichts des Boten des polnischen Unter-

---

<sup>9</sup> Vgl. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ MARTIN CÜPPERS, *Halbmond und Hakenkreuz, Das Dritte Reich, die Araber und Palästina*, Darmstadt 2006.

grundes Jan Karski<sup>10</sup> am 28. Juli 1943, beauftragte er seinen Freund, Nachbarn und Finanzminister Henry Morgenthau, sich zusammen mit Beamten seines Ministeriums mit der Flüchtlingsfrage zu beschäftigen. Das Ergebnis war die Verordnung vom 12. Januar 1944, durch die das *War Refugee Board* gegründet wurde. Eine wichtige Folge dieses Schrittes war, dass sowohl die verbliebenen Neutralen als auch Vertreter des NS-Regimes, die an der deutschen Siegeschance zu zweifeln begannen, darauf aufmerksam gemacht wurden, dass zumindest ein großer Alliierten ein politisches Interesse am Schicksal der europäischen Juden hatte.<sup>11</sup>

Zu oft wird vergessen, dass Rettungsanstrengungen wie die von Raoul Wallenberg 1944 in Ungarn vom *War Refugee Board* finanziert wurden. Ironischerweise war die amerikanische Finanzierung seiner Arbeit wahrscheinlich einer der Hauptgründe, weshalb die Sowjets ihn verhafteten und als amerikanischen Spion hinrichteten. Das *War Refugee Board* konnte einige kleinere Erfolge an anderen Orten verbuchen, befand sich aber nie in der Position, das amerikanische Einwanderungsgesetz zu ändern, denn das konnte nur der Kongress.

Hier ist nicht der Ort, um im Einzelnen auf die Argumente für und wider die Bombardierung von Auschwitz und der in das Vernichtungslager führenden Eisenbahnstrecken einzugehen.<sup>12</sup> Es muss genügen, wenn ich feststelle, dass nach meiner Ansicht eine Bombardierung in der Praxis keine nennenswerten Auswirkungen gehabt hätte, obwohl der Abwurf einer Bombenattrappe gezeigt hätte, dass die Alliierten wussten und verurteilten, was dort vor sich ging. Die wichtigste Reaktion der westlichen Alliierten auf die „Endlösung“ blieb ihr Bestreben, Deutschland vernichtend zu besiegen und auf diese Weise zuerst geographisch und dann auch militärisch der systematischen Ermordung von Juden, welche die Deutschen bis in die letzten Kriegstage fortsetzten, ein Ende zu setzen.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Vgl. E. THOMAS WOOD/ STANISLAW M. JANKOWSKI, Jan Karski. Einer gegen den Holocaust: Als Kurier in geheimer Mission, Gerlingen 1997 [Anm. d. Hg.].

<sup>11</sup> Eine gute Zusammenfassung findet sich in: RICHARD BREITMAN, American Policy, in: The Holocaust Encyclopedia, hg. v. WALTER LAQUEUR, New Haven, CT 2001, S. 13–16.

<sup>12</sup> Vgl. The Bombing of Auschwitz. Should the Allies Have Attempted It?, hg. v. MICHAEL NEUFELD/ MICHAEL BERENBAUM, New York 2001, darin GERALD L. WEINBERG, The Allies and the Holocaust, S. 15–26.

<sup>13</sup> Ausführlich dargestellt wird die amerikanische Reaktion auf die „Endlösung“ in: ROBERT N. ROSEN, Saving the Jews. Franklin D. Roosevelt and the Holocaust, New York 2006.